

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

16.05.2024

Inhalt

EWN

1 Aufnahme des Regelbetriebs für LNG-Terminal auf Rügen steht weiter aus <i>Ostsee-Zeitung.de, 15.05.2024</i>	3
2 „Sie hätten einfach sagen können: Wir als Grüne wollen keine Kernkraft mehr“ <i>Welt.de, 15.05.2024</i>	5
3 Als Atom mülllager geeignet? <i>Acher-Rench-Zeitung, 16.05.2024</i>	7
4 Brokdorf-Rückbau – der Geduldsfaden reißt <i>Barmstedter Zeitung, 16.05.2024</i>	9
5 „Irgendwo muss der Müll doch hin“ <i>Mindener Tageblatt, 16.05.2024</i>	11

REGAS MUSS NACHWEISE ERBRINGEN**Aufnahme des Regelbetriebs für LNG-Terminal auf Rügen steht weiter aus****Mukran**

Für Mitte Mai hatte Regas die Inbetriebnahme des Flüssigerdgas-Terminals in Mukran auf Rügen angekündigt. Doch noch ist der Regelbetrieb nicht angelaufen und es gibt auch kein konkretes Startdatum mehr. Ein Grund dafür liegt bei Gericht.

Die Nutzung des umstrittenen Flüssigerdgas-Terminals in Mukran auf Rügen im Regelbetrieb verschiebt sich weiter Richtung Sommer. Nachdem im März die Anlieferung von verflüssigtem Erdgas (LNG) per Tankschiff und die Einspeisung in das deutsche Pipeline-Netz erfolgreich getestet worden waren, hatte Anfang April das staatliche Umweltamt Vorpommern den Regelbetrieb für Mukran genehmigt. Damit sei die Deutsche Regas berechtigt, das Energie-Terminal „Deutsche Ostsee“ antragsgemäß zu betreiben.

„Der Zeitpunkt der anzuzeigenden Inbetriebnahme ist nicht weiter terminiert. Er wird der zuständigen Behörde, dem Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt, kurzfristig bekannt gegeben“, teilte das Unternehmen am Mittwoch auf Anfrage mit. Bei der Übergabe der behördlichen Unterlagen hatte Regas-Aufsichtsratschef Stephan Knabe angekündigt, bis Mitte Mai mit dem Regelbetrieb beginnen zu wollen. Nach eigenen Angaben muss das Unternehmen „im Einklang mit den Bescheiden“ noch verschiedene Nachweise erbringen. Die bis zum 15. Mai terminierten Nachweise würden durch die Deutsche Regas fristgemäß erbracht, hieß es. Ob weitere ausstehen, blieb damit offen.

Regas muss Stellungnahme zu Klage der Gemeinde Binz abgeben

Als Grund für die Verzögerung gilt auch ein beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig anhängiges Verfahren. Das unweit von Mukran gelegene Ostseebad Binz hatte im Eilverfahren beantragt, den Betrieb des LNG-Terminals zu untersagen. Der Antrag sei zur Stellungnahme an die Deutsche Regas übermittelt worden, verbunden mit der Bitte, „vorläufig sicherzustellen, dass mit Maßnahmen, die dem Antrag zuwiderlaufen,

noch nicht begonnen wird“, teilte eine Sprecherin des Gerichts auf Anfrage mit. Bis zum 24. Mai habe das Unternehmen Zeit, sich zum Antrag der Gemeinde Binz zu äußern. Ein Termin für die Entscheidung des Gerichts stehe noch aus.

Umwelthilfe legte Widerspruch gegen Betriebsgenehmigung ein

Neben dem viel besuchten Badeort an der Ostküste Rügens, nach dessen Ansicht das Terminal mit gravierenden Sicherheitsrisiken für angrenzende Wohn- und Kurgebiete verbunden ist, hält auch die Deutsche Umwelthilfe ihren Widerstand aufrecht. Die Umweltschutz-Vereinigung hatte am Dienstag Widerspruch gegen die Betriebsgenehmigung für die beiden zur Anlandung von Flüssigerdgas (LNG) eingesetzten Spezialschiffe eingelegt. Sollte das zuständige Umweltamt in Stralsund den Widerspruch abweisen, werde ebenfalls Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht erhoben, hieß es.

Die Umwelthilfe bezweifelt den Bedarf eines weiteren LNG-Terminals für Deutschland und befürchtet Schäden für das Klima und die Meeresschutzgebiete vor Rügen. Die Deutsche Regas hatte die Vorwürfe stets zurückgewiesen. Nach Ansicht der Unternehmensspitze ist das Terminal in Mukran, das nach Maßgaben des LNG-Beschleunigungsgesetzes in kurzer Zeit fertiggestellt wurde, für die Energieversorgung Ost- und Süddeutschlands sowie der Nachbarstaaten von großer Bedeutung. Im Hafen von Mukran sollen zwei Spezialschiffe verflüssigtes Erdgas aufnehmen, wieder in Gas umwandeln und über eine etwa 50 Kilometer lange Pipeline durch die Ostsee zum Leitungsknotenpunkt in Lubmin bei Greifswald leiten. Die Gesamtkapazität bezifferte Knabe mit 13,5 Milliarden Kubikmetern pro Jahr, was in etwa 15 Prozent des aktuellen deutschen

Jahresverbrauchs entsprechen. Die Investitionskosten in Millionen Euro.
entsprechen den Angaben zufolge auf rund 200 Millionen

Welt.de | 15.05.2024

Philipp Vetter

WEBLINK

„Sie hätten einfach sagen können: Wir als Grüne wollen keine Kernkraft mehr“

Im Bundestag debattieren die Parteien noch einmal über den Atomausstieg. SPD und Grüne verteidigen die Entscheidung, während die Opposition noch immer einen Skandal im Wirtschaftsministerium wittert. Zu einem Untersuchungsausschuss wird sie sich wohl dennoch nicht durchringen.

Als Robin Mesarosch ans Rednerpult tritt, spricht er zunächst nicht über Kernkraft, sondern über Pferde. Bei den Tieren sehe es im Galopp manchmal für einen Sekundenbruchteil so aus, als würden sie fliegen, weil alle vier Beine gleichzeitig in der Luft sind, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete.

Aber man müsse natürlich auch die Sekunden vor und nach der Momentaufnahme betrachten, um ein vollständiges Bild von der Realität zu bekommen. Genau so sei es auch mit der Entscheidung der Bundesregierung im Frühjahr 2022, die Laufzeit der drei letzten Atomkraftwerke zunächst nicht zu verlängern: Es reiche eben nicht, ein einzelnes Papier aus dem Wirtschaftsministerium von Robert Habeck (Grüne) anzuschauen, der Kontext sei nun mal auch wichtig.

„Sie erzählen uns heute einen vom Pferd“, sagt Mesarosch an die Abgeordneten der Union gewandt. „Sie behaupten, das Pferd würde fliegen.“ Für ihn sei die Sache klar: „Das Pferd Atomkraft ist tot, steigen Sie ab.“

Die Unionsfraktion hatte am Mittwoch eine Aktuelle Stunde im Bundestag mit dem Titel „Kernkraft-Aus – Vorgänge um Bundesminister Habeck und Bundesministerin Lemke transparent aufklären“ durchgesetzt. Seit vor gut zwei Wochen das Magazin „Cicero“ über einen Vermerkentwurf aus dem Wirtschaftsministerium aus dem März 2022 berichtet hatte, wirft die Union Habeck und Umweltministerin Steffi Lemke (Grüne) vor, längere Laufzeiten für die Atomkraftwerke nicht wie versprochen ergebnisoffen geprüft, sondern aus ideologischen Gründen die Abschaltung trotz Energiekrise durchgezogen zu haben.

Immerhin rhetorisch gibt es mit dem Pferdevergleich in der Bundestagsdebatte etwas Originelles zu hören, denn inhaltlich sind die Argumente längst ausgetauscht. Schon vor Wochen hatten Habeck und Lem-

ke in Sondersitzungen der zuständigen Ausschüsse des Parlaments ihre Sicht der Dinge dargelegt: Zwar wird in dem Papier aus der Fachabteilung des Wirtschaftsministeriums empfohlen, eine Laufzeitverlängerung wegen der Energiekrise weiter zu prüfen.

Dass sich die beiden Minister wenige Tage später dann aber zunächst trotzdem festlegten, dass es beim Ausstieg zum Jahresende 2022 bleiben sollte, habe daran gelegen, dass die Atomkraftwerksbetreiber in Gesprächen erklärt hatten, dass kaum zusätzliche Strommenge erzeugt werden könnten. Die Brennelemente seien am Ende ihrer Laufzeit angekommen und es dauere über ein Jahr, neue zu bestellen.

Tatsächlich ist mit Dokumenten der Kraftwerksbetreiber belegt, dass das der Stand der Diskussion im März 2022 war. Hinzu kam, dass Russland zu diesem Zeitpunkt noch Erdgas lieferte, erst im Sommer 2022 eskalierte der russische Präsident Wladimir Putin den Energiekrieg und stellte die Lieferungen ein. Daraufhin entschied Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), dass die Atomkraftwerke dreieinhalb Monate länger bis Mitte April 2023 laufen sollten.

Die Union will sich mit diesen Erklärungen nicht zufriedengeben. „Alle, aber wirklich alle Ihre Behauptungen von damals waren falsch und sie waren übrigens auch schon damals falsch“, sagt Jens Spahn (CDU) am Mittwoch in der Aktuellen Stunde. „Sie haben unserem Land mit der Entscheidung, die Kernkraftwerke mitten in der Energiekrise abzuschalten, schweren Schaden zugefügt.“

Die Vermerke der Experten seien „umgeschrieben“ und „verfälscht“ worden. „Atomausstieg kostete es, was es wolle, das war Ihre Devise mitten in der Krise“, sagt Spahn. „Sie hätten einfach sagen können: Wir als Grüne wollen keine Kernkraft mehr, das Lebenswerk von

Jürgen Trittin ist uns mehr wert als das Wohl des Landes.“ Wenn es wirklich eine ergebnisoffene Prüfung einer Laufzeitverlängerung gegeben habe, müsse es dafür ja schriftliche Belege geben, die sollten die grünen Minister endlich vorlegen. „Widerlegen Sie, dass Sie Parteiinteressen über die Interessen des Landes gestellt haben.“

Doch wie alle anderen Redner der Unionsfraktion an diesem Tag, scheut auch Spahn davor zurück, konkret einen Untersuchungsausschuss zum Atomausstieg zu fordern. Stattdessen kündigt er wolkig an, man werde „auch parlamentarisch alles Notwendige tun“, um für Aufklärung zu sorgen.

Helmut Kleebank (SPD) bezeichnet Spahns Vorwürfe als „bloße Propaganda, um die Verunsicherung im Land zu verstärken“. Noch deutlicher wird sein Fraktionskollege Mesarosch nach seinem Pferde-Vergleich: Er wirft der Union „populistische Methoden“ vor, die Opposition lasse bewusst den Kontext weg und versuche „ein Gefühl zu erzeugen, da ginge irgendetwas nicht mit rechten Dingen zu“, sagt er. „Sie erfinden einen Skandal, wo keiner ist.“

Eine seltsame Zwischenrolle nehmen an diesem Tag im Parlament die FDP-Redner ein. Die wollen zwar in den konkreten Papieren aus den Ministerien inzwischen auch keinen Skandal mehr sehen, lediglich zu wenig Transparenz und zu zögerliche Aufklärung könne man dem Koalitionspartner vorwerfen. „Es geht nicht um einen Vermerk und wer ihn wann gelesen

hat“, sagt der energiepolitische Sprecher Michael Kruse. „Es drängt sich der Eindruck auf, dass von den grünen Ministern nicht alles getan wurde, um diese Krise abzuwenden.“

Große Koalition hat elf Atomkraftwerke abgeschaltet

Habeck selbst betont in seiner Rede, dass es aus seiner Sicht nicht geschadet habe, die Atomkraftwerke abzuschalten. „Gut ein Jahr nach dem Atomausstieg haben sich die Unkenrufe von einigen nicht bewahrheitet“, sagt er. „Wir haben nicht Atomstrom durch Kohle ersetzt, sondern durch den Ausbau von erneuerbaren Energien.“ Es habe kaum Preissteigerungen durch den Wegfall der Kernenergie gegeben, die Effekte seien „vernachlässigbar gering“.

Dann ging der Wirtschaftsminister selbst zur Attacke auf die Union über: „Der Energieangriff, den Putin auf Deutschland geplant hatte, war für jeden sichtbar“, sagt er. Es sei eine „fatale Fehleinschätzung“ der unionsgeführten Vorgängerregierung gewesen, sich so abhängig von Russland und seinen Gaslieferungen zu machen. „Vorsicht mit Ursache und Wirkung“, mahnt Habeck.

Unter der großen Koalition von CDU/CSU und SPD seien elf Atomkraftwerke abgeschaltet worden, die Ampel-Regierung habe hingegen nur drei Meiler vom Netz genommen. Er habe die Informationen, die ihm vorgelegen hätten, zu jedem Zeitpunkt transparent dargestellt.

Als Atom mülllager geeignet?

Ein Atommülllager in Oberkirch – das ist kein bloßes Hirngespinnst. Die Suche nach einem Endlager betrifft, wie am Montag klar wurde, nämlich auch große Teile der Ortenau.

Oberkirch. Das Foto vom Infocontainer im besten Atommüll-Fässer-Design, das Kulturamtschef Mathias Benz bei den Heimattagen in Weinheim gemacht hatte, löste im Oberkircher Gemeinderat zunächst Erheiterung aus. „Uns kann das Lachen relativ schnell vergehen“, warnte OB Gregor Bühler: Spätestens 2026 könne das Ding auch in Oberkirch stehen. Weil die Stadt dann die Heimattage ausrichtet und weil nach wie vor nicht ausgeschlossen ist, dass im Renchtal nach einem Atommüllendlager gesucht wird, in dem hoch-radioaktive Atommeiler-Abfälle für eine Million Jahre sicher gelagert werden können.

Oberkirch gehört wie fast die gesamte Ortenau östlich der Linie Sasbach, Ortenberg, Hohberg, Lahr zu einem 36.836 Quadratkilometer großen Teilgebiet, das über Schwarzwald, Alb und Bayern bis nach Dresden reicht und sich durch kristallines Wirtsgestein im Grundgebirge auszeichnet. Auch einige Enklaven zwischen Ap-penweier und dem Offenburger Norden gehören zum Areal, das wie auch 89 andere Teilregionen untersucht wird (siehe Hintergrund). Ein Umstand, auf den OB Bühler rechtzeitig hinweisen wollte, „damit in zwei bis drei Jahren keiner sagt: Ihr habt uns nicht rechtzeitig informiert“.

Die Gebiete orientieren sich an den Gesteinsbezeichnungen; die Kriterien, die für die Suche angewandt werden können, können sich laut Bau-Fachbereichsleiter Peter Bercher in Zukunft noch ändern, denn es handle sich um einen lernenden Prozess. Acht von elf Kriterien fallen für das Teilgebiet günstig aus. Bedingt günstig sind die Neigung zur Bildung von Fluidwegsamkeiten und der Schutz durch das Deckgebirge, nicht günstig ist das Rückhaltevermögen im einschlusswirksamen Gebirgsbereich.

Bercher zerstreute zugleich Hoffnungen, der Bau von neuen Atomkraftwerken, die aus den alten Brennelementen noch Energie ziehen könnten, könnten die Suche nach einem Endlager ersetzen. „Da werden die Windkraftgegner Schlange stehen“, spottete Stephan Zillgith (Grüne). Sein Fraktionskollege Rudi Dillmann

ergänzte: „Wir hätten die Atomkraft nie einführen dürfen. Jede Gemeinde in Deutschland wird sich weigern, so etwas anzunehmen. Wir werden nie ein Endlager finden, weil die Proteste zu groß sein werden.“ Das Zwischenlager Gorleben in Niedersachsen sei vor der Wende ideal geeignet, weil es „von drei Seiten DDR“ umgeben gewesen sei, das bedeute nur ein Viertel Proteste.

Wolfgang Ducksch (SPD) wies auf die gewaltigen Dimensionen eines Endlagers hin. Tadeusz Turek (FDP), gelernter Bergbauingenieur, wies darauf hin, dass es durch die tektonischen Bewegungen im Oberrheingebiet nicht so einfach sei, hier ein Endlager zu errichten: „Ich glaube nicht dass es uns trifft.“ Auch Karlheinz Menzel (FWV) hielt die Region tektonisch für problematisch.

Turek wandte sich zum Schluss an die Windkraftgegner: „Wir wollen das Atommüllendlager nicht, die Windkraft wollen wir aber auch nicht. Woher soll die Energie denn kommen?“

HINTERGRUND

So läuft die Endlagersuche

In 90 Teilgebieten in ganz Deutschland sucht die Bundesgesellschaft für Endlagerung nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle aus dem Betrieb der Atomkraftwerke – ohne Vorabfestlegung, wissenschaftsbasiert, transparent und lernend. Ausgeschlossen sind Erdbebenregionen, geologische Störungszonen und Bergwerke. Das Endlager soll unterhalb von 300 Metern Tiefe liegen und von einer mindestens 100 Meter starken Schicht aus Salz- oder Tongestein umgeben sein. Aktuell ermittelt die BGE Standortregionen, die für eine übertägige Erkundung infrage kommen. Bundestag und Bundesrat entscheiden, in welchen Regionen diese Erkundung vorgenommen wird. Auf der Basis der übertägigen Untersuchungen wählen die Parlamente jene Standorte heraus, die auch untertage untersucht und abschließend miteinander verglichen werden sollen. Aus ihnen kristallisiert sich das Endla-

ger heraus, über dessen Standort 2031 entschieden werden soll.

Brokdorf-Rückbau – der Geduldsfaden reißt

Betreiber Preussen Elektra richtet massive Verzögerungsvorwürfe an die Atomaufsicht des Landes

Die Eon-Tochter Preussen Elektra sieht sich beim Rückbau des Kernkraftwerks Brokdorf durch Schleswig-Holsteins Landes-Atomaufsicht massiv ausgebremst. Dadurch gerate auch der Zeitplan in Gefahr, auf dem Gelände einen der größten Batteriespeicher für Erneuerbare Energien in Europa zu errichten, warnte der Vorsitzende der Geschäftsführung, Guido Knott, gestern vor dem Umweltausschuss des Landtags.

Seit sechseinhalb Jahren wartet das Unternehmen darauf, dass das Land einen Antrag zum Start des Rückbaus genehmigt. Die zuständige Behörde gehört zum Energiewendeministerium. „Dauer und Unkalkulierbarkeit im bisherigen Verfahren sind schwer zu ertragen“, klagte der aus Hannover angereiste Knott. „Wir verstehen nicht, warum die Dinge in Schleswig-Holstein so verkompliziert werden.“ Für alle Kernkraftwerke in anderen Bundesländern lägen Preussen Elektra hingegen „vollumfänglich nutzbare Rückbaugenehmigungen“ vor. „Selbst beim Meiler Isar II sind wir schon weiter im Rückbau als in Brokdorf.“ Dabei war das bayerische AKW noch bis April letzten Jahres in Betrieb.

Der Preussen Elektra-Chef sprach von „Frust“ unter den 200 mit dem Verschwinden von Brokdorf beauftragten Mitarbeitern. Für die Abwicklung eigentlich unverzichtbare Beschäftigten wanderten ab oder gingen bald in den Ruhestand. Knotts Prognose: „Wenn es so weitergeht, sind alle anderen Atomkraftwerke in Deutschland zurückgebaut bis auf die drei in Schleswig-Holstein.“ Tammo Kamrath, Leiter des Kernkraftwerks Brokdorf, verdeutlichte: „Bereits jetzt ist die Wartezeit auf die Genehmigung länger als einst die Netto-Bauzeit in Anspruch genommen hat.“

Wann auch immer es losgeht: Preussen Elektra kalkuliert ab Start mit zwölf Jahren, bis das AKW Brokdorf verschwunden sein wird. Zusätzlich zu den 200 eigenen Leuten sollen bis zu 600 Personen von Fremdfirmen für die Arbeiten eingesetzt werden. Vorgese-

hen ist, dass die Beschäftigten jährlich 2000 Tonnen Material abbauen, teils mehrfach von Radioaktivität und anderen Schadstoffen reinigen und vom Gelände bringen. Mit den Worten „Ein Rückbau ist kein Hexenwerk“ warb Knott um Vertrauen. Preussen Elektra bringe umfangreiche Erfahrung aus abgeschlossenen Stilllegungen der Meiler in Stade und dem nordrhein-westfälischen Würgassen ein.

Manager beklagen zähes Kleinklein

Das Tauziehen mit der Genehmigungsbehörde dreht sich nach Darstellung beider Manager darum, wie weit die Eigenverantwortung des Unternehmens beim Rückbau auszulegen ist. Diese sehe das Bundesrecht im Grundsatz vor. „Wir brauchen pragmatische Freigabeverfahren“, formulierte Kamrath ans Land.

„Es kann nicht sein, dass hinter jedem Eimer, den wir raustragen, ein Prüfer steht“, klagte Knott. Selbst bei Bürostühlen oder Glühlampen diskutiere man mit der Atomaufsicht darüber, ob man sie ohne externe Prüfer ausmustern dürfe.

Knott fasste zusammen: „Wir haben schon durch die Bundesgesetzgebung die strengste Regulierung in Europa. Wir sehen nicht ein, dass darüber hinaus Anforderungen erhoben werden.“ Der Firmen-Chef appellierte an die Landtagsabgeordneten, fraktionsübergreifend eine Beschleunigungsinitiative für Brokdorf auf den Weg zu bringen: „Wir brauchen auch Ihre Unterstützung.“

Idealer Standort für Batteriespeicher

„Einen zügigen Beginn des Rückbaus braucht es auch für die Nachnutzung des Geländes“, setzte Knott hinzu. Je mehr Fläche frei wird, will Preussen Elektra in Brokdorf sukzessive eine der größten Batteriespeichieranlagen Europas für grünen Strom aufbauen. Eine Leistung von 800 Megawatt ist in der Endausbaustufe geplant. Investitionsvolumen: 700 bis 900 Millionen Euro, ohne Subventionen. „Alles ohne neue Lei-

tungen“, wie die Unternehmensvertreter betonten – die sind als Relikte des fossilen Zeitalters schon da. Brokdorf biete sich für einen solchen Speicher gerade auch wegen der Nähe zum großen Netzknotenpunkt Wilster an.

Knott zeigte sich noch vorsichtig optimistisch, dass die ersten 100 Megawatt dieses Speichers 2026/27 „am Start“ sein könnten. Voraussetzung sei, dass jüngste Signale aus dem Kieler Energiewendeministerium umgesetzt würden: Demnach sei zumindest der Entwurf für die Rückbau-Genehmigung für diesen August in Aussicht gestellt worden.

Ein Sprecher von Energiewendeminister Tobias Gold-

schmidt (Grüne) erklärte zur Kritik auf Anfrage: „Auch der Rückbau der Kernkraftwerke ist mit hohen Risiken verbunden. Priorität dabei haben deshalb ein geordnetes Vorgehen und die Sicherheit der Bevölkerung vor Strahlenrisiken.“ Das gelte für die hochradioaktiven Abfälle in den Zwischenlagern, aber auch für Abfälle, die in den Wirtschaftskreislauf zurückgehen oder deponiert werden müssen. „Dem Land ist an einem zügigen Rückbau der Anlagen gelegen, jedoch nicht zu Lasten der Sicherheit“, so die Reaktion des Ressorts weiter. „Das Ministerium befindet sich in regelmäßigen Gesprächen. Denn die Beschleunigung des Rückbaus erfordert ein eng verzahntes Vorgehen zwischen dem für den Rückbau verantwortlichen Konzern, den Sachverständigenorganisationen und der Atomaufsicht.“

📰 Mindener Tageblatt | 16.05.2024 | S. 9

📄 Auflage: 31.763 | Reichweite: 55.597

👤 Oliver Plöger

„Irgendwo muss der Müll doch hin“

Die Bürgerinitiative Strahlenschutz fragt, wo die fast 1.500 Fässer mit radioaktiven Abfällen bleiben sollen, wenn die Sammelstelle in Leese schließt.

Leese/Petershagen. Die Fässer mit radioaktiven Inhalten, die aktuell noch im Zwischenlager Leese aufbewahrt werden, befinden sich teilweise in einem katastrophalen Zustand. Das meint die Bürgerinitiative Strahlenschutz (Biss), in der sich auch Bürgerinnen und Bürger aus Petershagen engagieren. Es gebe sogenannte Blähfässer, die sich ausgebeult oder verformt haben, was eigentlich, so heißt es weiter, wegen der vorgeschriebenen trockenen Lagerung des Atom- mülls nicht passieren dürfte. Andere Fässer zeigten sich durch die Last der darüberliegenden Fässer verformt. Kontrollen seien wegen der Enge der Lagerung kaum möglich.

Die Anti-Atomgruppen Biss Leese und Braunschweig sowie die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad in Salzgitter sprechen von einer „dramatischen Situation“ der Landessammelstelle des Landes Niedersachsen. Leese grenzt hinter Wasserstraße direkt an Petershagen, die Sammelstelle befindet sich im Bereich Oehmer Feld.

Bereits 2002 hatte das Land den Betrieb an einen privaten Dritten, die Gesellschaft für Nuklear-Service mbH (GNS), abgegeben. Für die Zwischenlagerung hatte Niedersachsen einen Vertrag mit der Firma Eckert & Ziegler abgeschlossen, der aber 2030 ausläuft. „Das bedeutet, dass die Fässer bis 2028 aus der Sammelstelle entfernt werden müssen, damit die Dekontamination des Geländes bis zum Pachtende erfolgen kann“, so Biss-Sprecher Meinhard Behrens. „Wir erwarten von der Niedersächsischen Landesregierung, dass sie diese offensichtlichen Probleme ernsthaft angeht und nicht aussitzt.“ Denn irgendwo müsse der Müll hin, und irgendwo müsse es nach der Schließung des Zwischenlagers auch wieder ein neues Zwischenlager geben. Dazu sei das Land gesetzlich verpflichtet, sagt Behrens.

Zwar blieb eine aktuelle Presseanfrage durch das Mindener Tageblatt bis Mittwoch unbeantwortet, das

Land aber hatte bis 2020 regelmäßig Infobriefe über den Stand in Leese veröffentlicht. Aus Kapazitätsgründen zwischengelagert würden danach Fässer mit radioaktiven Altabfällen des Landes Niedersachsen, die in der früheren Landessammelstelle Steyerberg in den 1980er und 1990er Jahren angenommen wurden. Diese schwach radioaktiven Abfälle aus Medizin, Forschungs- und Bildungseinrichtungen sowie gewerblichen Betrieben seien damals bereits behandelt und in Fässer verpackt worden. Für eine spätere Einlagerung im zukünftigen Endlager Konrad in Salzgitter müssten sie jedoch – so wörtlich – „noch nachqualifiziert und nachkonditioniert werden“. Das heiße: Die Abfälle müssen nachbehandelt und in für das Endlager Konrad zugelassene Container verpackt werden.

Diese Nachbehandlung müsse laut Umweltministerium in Jülich stattfinden, Atomtransporte dorthin hat es seit 2020 gegeben. Wann genau, teilte das Ministerium nicht mit.

Bekannt aber ist, dass es um insgesamt 1.484 Fässer geht, die aus Steyerberg stammen und bis 2028 nach Jülich gebracht werden sollen. Dieser Zeitplan, so hieß es aus Hannover im August vorigen Jahres gegenüber der in Nienburg erscheinenden Zeitung Die Harke, sei nicht gefährdet. Auch hier ist Behrens skeptisch, sein letzter Stand sei, dass 152 Steyerberg-Fässer nach Jülich gebracht worden seien. „Wie will man das bis 2028 schaffen?“ Zu berücksichtigen seien insgesamt 4.800 Fässer im Besitz des Landes. Auch die weiteren Fässer enthielten radioaktive Abfälle, seien aber laut Biss „nicht so heftig, da sie nicht ganz so verrostet sind wie die anderen Fässer“.

Zu Beginn der Mülltransporte hatte es einen Störfall gegeben, den das Ministerium auch gegenüber der Presse eingeräumt hatte: „Vor dem Abtransport aus Leese werden die Fässer einzeln von außen inspiziert und ihre Transportfähigkeit überprüft“, hieß es gegenüber dem MT. Bei einem Fass seien Korrosionsspuren,

bei vier weiteren Fässern aus Steyerberg ein „leicht erhöhter Innendruck“ festgestellt worden. Diese Fässer seien zunächst in Leese verblieben. Bei einem weiteren Zwischenfall war ein Fass bei der Verladung zu Boden gestürzt und beschädigt worden, das Fass sei durch ein Überfass gesichert worden. Zu weiteren Störfällen sei es laut Umweltministerium nicht gekommen, das Land überprüfe die Radioaktivität laufend durch eine Gamma-Sonde.

Dass sich Niedersachsen auch aktuell auf die Endlagerung im Schacht Konrad berufe, sehen die Anti-Atomkraftgruppen kritisch und sprechen vom „Wunschdenken“ – dabei hatte Olaf Lies (SPD) – 2021 noch als Umweltminister – betont: „Der Plan steht, und wir halten daran fest: Bis spätestens 2030 soll kein Fass mehr in Leese, sondern im künftigen Endlager Konrad stehen.“

Heute hingegen werde die Endlagerung in Salzgitter laut Koalitionsvertrag kritisch gesehen, wörtlich heißt

es von den Bürgerinitiativen: „Bis jetzt ist kein Plan bekannt, wo diese Fässer verbleiben werden, weil eine ‚Endlageroption‘ 2028 definitiv nicht vorhanden sein wird.“ Auch Meinhard Behrens glaubt nicht, dass sich der Schacht Konrad für die Endlagerung eignet: „Da läuft doch alles mit Wasser voll.“

Ähnlich hatte der BUND in einer Stellungnahme zu Schacht Konrad argumentiert: Es sei nur eine Frage der Zeit, wann der eingelagerte Atommüll Kontakt zu Grundwasser führenden Schichten bekommt.

Mitte April hatten sich die Vertreter der Bürgerinitiativen Leese, Braunschweig und der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad getroffen, um sich über den Umgang mit der Landessammelstelle Leese auszutauschen. Nachdem die Gruppe nun an die Öffentlichkeit gegangen ist, geht Behrens davon aus, dass das Land reagieren muss.

Zur Bürgerinitiative Leese gehören 20 Personen aus Leese, Nienburg, Wiedensahl und Petershagen.